

Ansprache von Prof. Dr. B Ö H M - M.d.B. - CDU

Zur Feier des Tages der deutschen Einheit,

die von allen WESTDEUTSCHEN SENDERN  
übertragen wurde.

Am 17. Juni 1953 ging eine erstaunliche Nachricht durch die Welt. Zunächst in Ostberlin, dann aber auch in einer ganzen Reihe größerer und kleinerer Städte Brandenburgs, Sachsens, Thüringens und Mecklenburgs erhoben sich die Arbeiter, verließen ihre Betriebe, formierten sich zu Protestzügen und demonstrierten gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Der unmittelbare Anlass war die Erhöhung der Arbeitsnormen um wenigstens 10 %, die am 28. Mai durch eine Verfügung des Ministerrates angeordnet worden war. Das bedeutete, etwa im Baugewerbe, daß ein Maurer rund 30 %, ein Tischler und Zimmermann bis 42 % seines bisherigen Lohnes verlor. Diese Massnahme hatte eine lange Vorgeschichte. Zunächst setzten etwa um die Jahreswende Bestrebungen ein, die Belegschaften jeweils einzeln zu freiwilligen Erhöhungen der Arbeitsnormen zu veranlassen. Man begnügte sich fürs erste mit einer Propaganda-Aktion. Sie hatte keinen Erfolg. Dann stellten die SED aus ihren Funktionären sogenannte 'Brigaden' zusammen, deren Aufgabe es war, Betriebsversammlungen einzuberufen und die Versammelten zu bewegen, stürmisch nach Erhöhung der Arbeitsnormen für den Betrieb oder für ganze Industriezweige zu verlangen. Wer in diesen Versammlungen widersprach, musste damit rechnen, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Aber auch gegen diese weniger harmlose Sorte von Freiwilligkeit, die wir ja alle aus eigenem Erleben zur Genüge kennen, wehrte sich die Arbeiterschaft so stark, daß schliesslich nichts anderes übrig blieb als der nackte Regierungszwang. Natürlich ging die Regierung nicht kurzerhand obrigkeitlich vor - so etwas tut die Regierung in einer Volkdemokratie nicht-, sondern sie ließ sich erst von der Nation bestürmen. Hierzu wurden die Zeitungen aufgeboten. Sie schrieben: 'Hinweg mit den Bremsklötzen! Wir fordern von der Regierung Maßnahmen zur Erhöhung der Normen!' Nun, die Regierung ließ sich, wie gesagt, am 28. Mai erweichen und erlegte den ungehorsamen Arbeitern die Normen mit gesetzlichem Zwang auf. Aber nicht einmal dies wirkte völlig. Es kam zu erbitterten Diskussionen, ja, zu Arbeitsniederlegungen, so z.B. in Eisleben, in Finsterwalde, in Fürstenwalde, in Chemnitz-Borna und anderen Orten.

Der Tod Stalins mochte dazu beigetragen haben, daß der Widerstand gegen die Normerhöhungen so hartnäckig war. Nun aber trat noch ein weiteres Ereignis ein, das zum Ergebnis hatte, daß die Dinge sich zuspitzten. Am 9. Juni brachte Ulbricht aus Moskau neue Direktiven mit, die das gesamte Steuer der Politik der Sowjetzone herumwarfen. Plötzlich hieß es, man sei über das Ziel hinausgeschossen, man habe Fehler gemacht, man müsse die Sache anders anpacken. Die Massenflucht aus der Sowjetzone nach dem Westen während der Monate Januar bis Mai 1953 hatte zu wirken begonnen. Die neuen Parolen lauteten: Verbesserung der Lebenshaltung, Stärkung der Rechtssicherheit, Krediterteilung an die Privatindustrie, Wiedereröffnung enteigneter und geschlossener Geschäfte, Aufhebung der Kollektivierung in der Landwirtschaft, Herabsetzung des Ablieferungssolls für die bauerlichen Betriebe. Mit einer für östliche Verhältnisse ungewohnten Freundlichkeit und Milde wurden die Geflüchteten zur Rückkehr in ihre bisherige Heimat aufgefordert; man stellte ihnen die Rückgabe ihres Eigentums in Aussicht.

Kurz, mit einem Schlage schien so etwas wie der lichte Frühling in der Sowjetzone anzubrechen. Der Ministerrat hob die Beschränkungen in der Ausgabe von Lebensmittelkarten auf, senkte die HO-Preise für zuckerhaltige Erzeugnisse, stundete der Privatwirtschaft die Rückstände für Steuern und Sozialversicherung, gab enteigneten Unternehmern ihre Betriebe wieder zurück, senkte die Fahrpreise und die Leistungen der Sozialversicherung und der Fürsorge und sagte eine Überprüfung aller Verhaftungen, Strafverfahren und Urteile zu.

Merkwürdigerweise blieb aber mit den Arbeitsnormen alles beim alten. Der Beschluss vom 28. Mai wurde nicht aufgehoben. Ja, es setzten sogar neue Aktionen ein, die Arbeiter zu veranlassen, den Normerhöhungen öffentlich zuzustimmen. So wurde am 12. Juni den Arbeitern einer grossen Baustelle in der Stalin-Allee zu ihrer Überraschung und Erbitterung mitgeteilt, daß sie sich mit einer Normerhöhung um 10 %, rückwirkend vom 1. Juni, einverstanden erklärt hätten. Diesmal kam es zu sehr heftigen Diskussionen; die SED-Funktionäre hatten alle Mühe, die erregte Belegschaft in kleine Diskussionsgruppen aufzuspalten und so das Ganze im Sande verlaufen zu lassen. Der Zufall wollte es, daß gerade diese Belegschaft am gleichen Nachmittag einen Betriebsausflug auf dem Müggelsee unternahm. Auf dem Ausflug fiel zum erstenmal das Wort Generalstreik. Es nahmen Anordnungen anderer Baustellen teil, darunter des Blocks 40 in der S

lin-Allee, von dessen Belegschaft dann der Anstoss zu den Ereignissen am 16. Juni ausging.

Zunächst freilich ging man noch recht zahm vor. Block 40 erwog eine Dankadresse an die Regierung wegen des neuen Kurses. Darin sollte nicht etwa die Forderung, sondern nur die Bitte ausgesprochen werden, die alten Normen wiederherzustellen. Aber auch das erschien der zuständigen Gewerkschaft viel zu kühn; sie verlangte, daß vor Absendung der Adresse ihre eigene EntschlieÙung abgewartet werde. Die Arbeiter des Blocks 40 warteten, legten aber zugleich - am 15. Juni nachmittags - ihre Arbeit nieder. Am 16. Juni kam die Antwort der Gewerkschaft; sie war negativ und lautete: erst mehr arbeiten, dann besser leben ! Am gleichen Morgen erschien ein Artikel in der Gewerkschaftszeitung "Tribüne", der forderte, daß der Ministerratsbeschuß über die Normenerhöhung mit aller Kraft durchgeführt werden müsse.

Nunmehr beschlossen die Arbeiter des Blocks 40, daß die Adresse an die Regierung überbracht werden sollte, aber nicht, wie tags zuvor beschlossen, von zwei Delegierten, sondern von der gesamten Belegschaft. In dieser denkwürdigen Stunde ahnte noch keiner der Bauarbeiter des Blocks 40, daß sich ihrem Marsch von der Stalin-Allee nach der Wilhelmstrasse ganz Ostberlin anschliessen sollte und daß sich tags darauf die ganze Zone erheben würde.

Wir wissen nicht, wer in den Reihen der Ostregierung oder der SED den Gedanken gefaßt hat, ausgerechnet die Arbeiter von der Frühlingspolitik des neuen Kurses auszuschliessen. Vielleicht gab es in den maßgebenden Kreisen der Ostzonenpolitiker Männer, die mit dem ganzen Frühlingskurs nicht einverstanden waren und sich stark genug fühlten in der Zone Politik auf eigene Faust zu machen. Wie dem aber auch sein mag, das Stichwort war gegeben und der 16. Juni brach an.

Als die Bauarbeiter des Blocks 40 am Morgen des 16. Juni ihren Marsch antraten, da ging es zunächst noch allein um die Arbeitsnormen. Die Demonstranten führten ein Transparent mit, auf dem die Worte standen: 'Wir fordern Herabsetzung der Normen!'

Ich brauche die Ereignisse der jetzt folgenden Stunden hier an dieser Stelle nicht aufs Neue vor Ihnen aufzurollen. Wir alle kennen den Verlauf im grossen Ganzen; manche von uns haben sich ihn für immer eingepreßt: Stunde um Stunde, Stadt um Stadt, wie sich an den

ersten Zug andere anschlossen, wie einer Betriebsstilllegung die andere nachfolgte, wie der Hauptzug aus allen Nebenstrassen unendlichen neuen Zuzug erhielt, was sich am Alexanderplatz, was vor der Staatsoper ereignete, die Ergriffenheit der Bessanten, das fast völlige Ausbleiben irgendeiner staatsamtlichen und parteiamtlichen Gegenwirkung, die geteilte Stimmung bei den Volkspolizisten, die absolute, beinahe betonte Passivität der Besatzungsmacht, - das alle ist so oft mit dokumentarischer Treue dargestellt worden, dass es uns lebendig genug vor Augen steht. Gegen Mittag erreichte die Spitze des gewaltigen Zuges das Regierungsgebäude Ecke Wilhelm- und Leipzigerstrasse, die alte Trutzburg Hermann Görings. Das grosse Scherengitter vor dem Haupttor wurde niedergelassen und die ersten Sprechchöre erschollen:

"Wo sitzen unsere Volksvertreter?"

Jetzt aber tritt eine Wendung ein, die den ganzen Charakter des bisherigen Geschehens verändert und die, gleichsam blitzartig, offenkundig macht, worum es an diesem 16 Juni eigentlich ging.

Es war in den frühen Nachmittagsstunden, als endlich ein Regierungsvertreter, der Minister Selbmann, aus dem Gebäude zu den Demonstranten heraustrat, einen Tisch bestieg und eine von Pfiffen, Gelächter und Zwischenrufen unterbrochene Ansprache hielt. Danach schien es, als sei ein toter Punkt erreicht; man kam nicht weiter. Aber bei solchen Ereignissen kann die Entwicklung nicht stillstehen. Die Bewegung war zu gross, zu aufsehenerregend, zu gewaltig geworden, als dass die Parole: "Wir fordern Herabsetzung der Normen!" noch ausgereicht hätte. Jeder einzelne unter den Tausenden und Abertausenden, die hier in der Wilhelmstrasse versammelt waren und die Fensteröffnungen der Häuser ausfüllten, wartete darauf, dass jetzt das erlösende Wort gesprochen würde; aber jeder wusste auch, dass damit die Sache bitter ernst werden würde.

Es war ein etwa fünfzigjähriger Steinträger, der dieses Wort sprach. Er besteigt nach einigen anderen Rednern den Tisch, schiebt den Minister mit einer Handbewegung beiseite und spricht in die sofort eintretende Stille hinein die Sätze, die aus einem Streik um Arbeitsnormen ein politisches Ereignis grossen Stils gemacht haben, ein Ereignis, das in der Geschichte auf lang hinaus denkwürdig bleiben wird. Die Worte sind uns erhalten geblieben. Sie lauten also folgendermassen: "Kollegen! Es geht hier nicht mehr um Normen und Preise, es geht um mehr. Hier stehen nicht allein die Bauarbeiter der Stalin-Alle,

hier steht Berlin und die ganze Zone." Und zum Minister Selbmann gewendet fährt er fort: "Was du hier siehst, das ist eine Volks-erhebung. Die Regierung muß aus ihren Fehlern die Konsequenzen ziehen. Wir fordern freie, geheime Wahlen!"

Es wird berichtet, welchen gewaltigen Eindruck diese Sätze auf die versammelten Massen gemacht haben. Ein unermeßlicher Beifallssturm erhob sich. Jetzt wurde es ernst. Die Fenster des Regierungsgebäudes schlossen sich, die Regierungsleute und Beamten traten in das Innere der Zimmer zurück. Die Parole des Stein-trägers war, kaum gesprochen, die Parole der Demonstration, wenig später die Parole des gesamten aufständigen Berlin, und am Abend, als die Rundfunksendungen kamen, die Parole der ganzen aufstän-dischen Zone geworden.

Damit war freilich zugleich auch das Schicksal des Aufstandes besiegelt. Bisher hatte sich die Besatzungsmacht in einer mehr als auffälligen Weise von der Berliner Regierung distanziert. Jetzt aber war die russische Deutschlandpolitik in Frage gestellt, von stundan mußte sich die Besatzungsmacht genötigt sehen, hinter die Sowjetzonenregierung zu treten. Würden sich die Demonstranten mit ihrem ursprünglichen Ziel begnügt haben, dann würden sie eine wahrscheinlich nicht einmal geringe Chance gehabt haben zu obsie-gen. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Russen den bisherigen Aufstand nicht nur aus Überraschung geschehen ließen, sondern daß sie ihn geschehen ließen, weil sie ihn ge-schehen lassen wollten. Es paßte das in ihre Politik des neuen Kurses. Welch eine Chance, Welch eine werbende Theaterpose vor der ganzen Welt wäre es gewesen, wenn sich die Russen als Schutz-herren der deutschen Arbeiter gegen eine SED-Regierung aufgespielt hätten, der man dann kühlen Gemütes und dreister Stirn auf einmel den Vorwurf gemacht hätte, daß sie versagt habe und volksfremd ge-worden sei! Die Demonstranten hatten auf ihrem Marsch vom Osten bis ins Zentrum Berlins ihre Augen offen gehalten, sie waren an der russischen Botschaft Unter den Linden vorbeimarschiert. Sie waren russischen Soldaten und russischen Polizisten begegnet. Sie kannten ihre Chance, aber sie schlugen diese Chance aus.

Jetzt ging es um freie, geheime Wahlen. In diesen Wahlen sollte nicht über Arbeitsnormen, sondern es sollte über die künftige po-litische Daseinsform der Deutschen in der russischen Besatzungs-zone abgestimmt werden. Es ging um die Wiedervereinigung Deutsch-lands, um die Zurückverlegung des Eisernen Vorhangs an die Ost-grenzen des russische besetzten deutschen Landes, es ging um einen

elementaren Kurswechsel der russischen Besatzungspolitik, um eine Anpassung dieser Politik an die Besatzungspolitik der anderen Besatzungsmächte, es ging um das Ende einer ostdeutschen rußlandhörigen Trabantenregierung überhaupt, es ging um die Deutschlandpolitik Sowjetrußlands. Und über alle diese Fragen sollte in einem Verfahren abgestimmt werden, das allen volksdemokratischen Grundsätzen ins Gesicht schlägt, in einem wahrhaft demokratischen Verfahren - so wie man das Wort "Demokratie" seit jeher verstanden hat und wie man es auch heute noch in allen Teilen der Welt versteht, wo man daran festhält, daß Worte die Wahrheit ausdrücken und nicht die dreiste Lüge maskieren sollen.

Der Berliner Aufstand hatte als Arbeiteraufstand begonnen; es war die Absicht, arbeitsrechtlichen Forderungen mit Hilfe einer Streikdemonstration Nachdruck zu verleihen. Er war inzwischen zu einem Volksaufstand geworden, an dem alle Schichten des deutschen Volkes in der Ostzone teilhatten. Aber er war auch nach dieser Verwandlung immer noch ein Arbeiteraufstand geblieben. Denn auch die neue Wendung war von Arbeitern herbeigeführt worden und wurde von der Arbeiterschaft getragen. Zum erstenmal in der neueren Geschichte erhob sich eine Revolution der Arbeiter gegen einen Staat und gegen ein System, die ihren Ursprung und ihr Daseinsrecht aus einer Revolution der Arbeiter ableiten. Insofern behielt der Aufstand seinen Charakter einer sozialen Revolution bei. Diese Revolution richtete sich schlechthin gegen den Versuch und den Anspruch die soziale Frage mit den Mitteln des Bolschewismus und des Terror zu lösen. Die Arbeiter der Sowjetzone bekundeten vielmehr ihren Willen, in einem freien, demokratischen Staatswesen zu leben und ihre sozialen Ziele im Rahmen eines freien Staatswesens und mit den Mitteln eines solchen Staatswesens zu verfolgen.

Bezeichnenderweise hat niemand, weder die Sowjetzonenregierung noch die Besatzungsmacht, auch nur den Versuch gemacht, die Arbeiterschaft zu trennen, demjenigen Teil, der sich von der Parole freier, geheimer Wahlen distanzierte, die größeren Zugeständnisse zu machen und den anderen Teil mit brutaler Gewalt zur Reason zu bringen. Würden es - wie die offizielle sowjetzonale Sprachregelung behauptet - amerikanische oder bundesrepublikanische Agenten gewesen sein, die dem Aufstand diese nationalpolitische Wendung gegeben hatten, dann würde dieser Versuch mit Gewißheit gemacht worden sein. Die Ostzonenregierung und die Russen wußten, warum sie ihn nicht machten. Sie würden Mühe gehabt haben, unter den gesamten Demonstranten in der ganzen Sowjetzone auch nur einen einzigen Arbeiter zu finden, der sich jetzt noch mit einer Her -

absetzung der Normen zufrieden gegeben haben würde. Und sie wußten das.

Tatsächlich schwenkten die Russen, nachdem die Parole freier geheimer Wahlen ausgegeben war - wenn auch erst nach einer erstaunlich langen Schrecksekunde - zu der von ihnen bisher bloßgestellten Ostregierung in die Front gegen die von ihnen bislang so auffällig hofierten aufsässigen Arbeiter um und erteilten an ihre Truppen in Döberitz und in anderen Garnisonen den Befehl zum Eingreifen am Mittag des nächsten Tages.

Möglich, daß sich nicht alle Demonstranten vor dem Regierungsgebäude in diesem Augenblick Rechenschaft von der ganzen Tragweite des Geschehens gegeben hatten. Aber man würde den Berlinern unrecht tun, wenn man glaubte, sie hätten die Parole: 'Wir fordern freie, geheime Wahlen' ausgesprochen in der Annahme, es könnte sich in der Ostzone ein Märchen ereignen. Die Menschen, die da am Vormittag über von weiterhin amarschiert waren, setzten sich aus den diszipliniertesten, besonnensten, erfahrensten, situationskundigsten, in den Künsten der Selbstbeherrschung geschultesten Arbeitern zusammen, die es in diesem Augenblick vielleicht in der ganzen Welt gegeben hat. Sie waren zudem Berliner, d.h. Menschen von hellem Bewußtsein und unbestechlichem Wirklichkeitsblick. Wenn irgendwann die Tragweite einer demonstrativen Erklärung voll und bewußt erfaßt worden ist, dann am Nachmittag des 16. Juni vor dem Zwing-Uri-Gebäude des ehemaligen Luftfahrtministeriums in der Leipzigerstrasse in Berlin.

Was weiter geschah, das wissen Sie. Der Vormittag des 17. Juni sah in Ostberlin den Generalstreik und in zahllosen Städten der Sowjetzone das gewaltige Übergreifen des Aufstandes; ja selbst in den Satellitenstaaten im übrigen Ostraum loderten Bewegungen auf. Am Mittag des 17. Juni setzte die Aktion der russischen Truppen ein. Der militärische Ausnahmezustand wurde erklärt, jede weitere Demonstration untersagt. Es floß Blut. Der Aufstand wurde, wie es angesichts der Machtverhältnisse nicht anders sein konnte, rasch und rücksichtslos unterdrückt. Aber was der Aufstand unter solchen Verhältnissen überhaupt zu bewirken hoffen konnte, das hatte er bereits bewirkt, ehe die Russen marschierten. Die Volksbewegung gegen den asozialen Fronvogtstaat und für ein in freien demokratischen Formen vereinigtes Deutschland war geschichtliche Tatsache geworden. Beides gehört zusammen: Das Bekenntnis zur Freiheit von sozialer Bedrückung und das Bekenntnis zur nationalen Einheit. Es war nicht die Meinung, das eine um des anderen willen preiszugeben. Ein einiges Deutschland: Ja! Aber ein einiges Deutschl., das einen Eisernen Vorhang, wenn es denn sein muß, allenfalls an seiner Ostgrenze, aber unter keinen